



Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages



Ute Vogt
Mitglied des Deutschen Bundestages

Matthias Miersch MdB & Ute Vogt MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An den Bundesminister
Herrn Peter Altmaier
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit
11055 Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. M. Miersch 030 227 – 71111
Tel. U. Vogt 030 227 – 72894
matthias.miersch@bundestag.de
ute.vogt@bundestag.de

Berlin, 24.05.2012

Sehr geehrter Herr Minister,

zu Ihrer Ernennung zum Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gratulieren wir Ihnen ganz herzlich und wünschen Ihnen eine glückliche Hand für Ihre bevorstehenden Aufgaben und nicht zuletzt auch viel Freude in Ihrem neuen Amt.

Eine dieser Aufgaben wird die Suche nach einem Endlager für die Entsorgung Wärme entwickelnder radioaktiver Abfälle sein. Die Bundesregierung postuliert bei der Endlagersuche ein Verfahren „im nationalen Konsens zwischen Bund und Ländern, Staat und Gesellschaft sowie Bürgerinnen und Bürgern“. Leider wurde dieser ambitionierte Anspruch bisher nicht realisiert. Im Gegenteil: Ihr Amtsvorgänger führte lediglich auf informellem Wege Gespräche mit den Bundesländern. Anschließend wurde eine mögliche schnelle Einigung über die Medien suggeriert. Das ganze Verfahren geht bislang am Deutschen Bundestag, dem eigentlichen Gesetzgeber, komplett vorbei. Dass wir als Parlamentarier diesen Weg nicht akzeptieren können, werden Sie sicher sehr gut verstehen und auch nachvollziehen.

Der jahrzehntelange Streit um Gorleben zeigt, dass Vertrauen die wichtigste Währung bei der Endlagersuche ist. Doch dieses Kapital wurde mit der bisherigen Vorgehensweise gleich zu Anfang verspielt. Wer soll einer Bundesregierung eigentlich glauben, dass sie es mit einer Öffentlichkeitsbeteiligung im Gesetz ernst meint, wenn sie schon im Verfahren zum Gesetz die Öffentlichkeit und sogar das Parlament ausschließt? Die Endlagersuche in Deutschland braucht dringend einen Neustart. Wir brauchen eine parlamentarische Befassung. Dabei bedarf es zunächst dringend einer einvernehmlichen Klärung der verfassungsrechtlichen Fragen. Wir brauchen Anhörungen im Bundestag, in denen natürlich auch Verbände und Bürgerinitiativen ihre Interessen vortragen können. Wir brauchen einen nationalen Dialog zur Endlagerfrage.

Sie, Herr Minister Altmaier, haben jetzt die Möglichkeit in einem neuen Anlauf alles anders und damit vieles besser zu machen. Wir appellieren an Sie als langjähriger Parlamentarier und fordern lediglich eine Selbstverständlichkeit: Beteiligen Sie den Deutschen Bundestag am Gesetzgebungsverfahren zur Endlagersuche. Insbesondere bei einem Gesetz von einer solchen



Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages



Ute Vogt
Mitglied des Deutschen Bundestages

- 2 -

Dimension braucht die Politik das Vertrauen aller Bürgerinnen und Bürger in ein „sauberes“ und transparentes Verfahren ohne Vorfestlegungen. Nur ein nationaler Dialog kann auch zu einem nationalen Konsens in der Endlagerfrage führen. Ein Projekt von einer solchen Tragweite – bis zum Abschluss des Endlagersuchverfahrens werden noch viele Jahre und Legislaturperioden vergehen – braucht dringend einen großen parlamentarischen Konsens. Nur so kann garantiert werden, dass sämtliche spätere Regierungen zu diesem – gemeinsamen - Projekt stehen. Wir sind uns unserer großen Verantwortung bewusst und sind bereit, diesen Weg gemeinsam mit Ihnen zu gehen.

Mit freundlichen Grüßen



Matthias Miersch



Ute Vogt